

„In Kompromiss gepresst“

Wie will Sachsen-Anhalt behinderte Menschen integrieren? Darum ringen Land und Träger seit langem. Nun beginnt ein nötiger Paradigmenwechsel – aber auf dem Rücken der Betroffenen, sagen Kritiker. Die Folgen erklären sie in Bitterfeld-Wolfen.

VON LISA GARN

Doris Liebe senkt den Kopf, faltet ein schwarzes Gummiband und platziert es unter der Nähmaschine. „Man muss gut aufpassen, auch wenn die Maschine automatisch arbeitet“, sagt sie. „Zwei Stiche vor, zwei zurück und wenn ich mit dem Fuß fest das Pedal runterdrücke, werden Fäden abgeschnitten.“ Etwa 350 dieser elastischen Spannbänder schafft sie am Tag. Sie werden in Kofferräumen von Autos verbaut, um zum Beispiel Flaschen zu transportieren. „Wenn ich fertig bin, gehe ich mit einem guten Gefühl nach Hause“, sagt Liebe. „Ich will arbeiten. Aber mit 59 Jahren und meiner Geschichte – welcher Arbeitgeber stellt einen ein?“ Seit 2013 arbeitet sie in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen bei der Diakonie Bitterfeld-Wolfen-Gräfenhainichen. 465 Frauen und Männer sind dort beschäftigt.

Diese Einrichtungen sollen Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen, langfristig auch eine Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Doch die gelingt nur wenigen. Und auch daran entzündet sich seit eineinhalb Jahren der Streit zwischen Land und sozialen Trägern. Es geht um die Frage: Wie können Inklusion und Selbstbestimmung künftig besser gelingen? Wie will eine Gesellschaft mit behinderten Menschen umgehen?

Kündigung 2024

Sie haben ein Recht auf Teilhabe und Arbeit, verankert in der UN-Behindertenrechtskonvention und im Bundesbehindertengesetz. Sachsen-Anhalt sieht die Umsetzung aber bisher nicht als zufriedenstellend gelungen an. Das Land habe zum Beispiel die höchste Dichte an stationären Wohnformen, hatte Sozialministerin Petra Grimm-Benne (SPD) erklärt. Im März 2024 hatte das Ministerium den Landesrahmenvertrag zum Jahresende gekündigt. Er regelt Leistungen und Finanzierung in der Eingliederungshilfe. Die Ministerin sagte damals, man wolle Trägern damit „einen Schubs geben“, schneller in die Umstellung zu gehen und das Beharrungsvermögen aufzugeben. Es folgten Proteste von Verbänden, eine Klage gegen die Übergangsverordnung.

Nun liegt ein neuer Landesrahmenvertrag auf dem Tisch (siehe Infobox: „Der Vertrag“). Im Kern geht es um eine stärker personenzentrierte ambulante Hilfe. Mehr Menschen sollen selbstständig oder in Wohngruppen und weniger in Heimen wohnen. Und mehr sollen auf dem allgemeinen



Arbeiten bis zur Rente: Doris Liebe (links) arbeitet seit 2013 in den Werkstätten Bitterfeld-Wolfen, Mira Wiechmann ist seit 26 Jahren Gruppenleiterin. FOTO: GARN

Arbeitsmarkt statt in Behindertenwerkstätten arbeiten. Der Vertrag sieht Module statt Komplexleistungen vor, Menschen mit Behinderungen sollen künftig individuell Leistungen auswählen.

„Uns ist bewusst, dass die Eingliederungshilfe neue Modelle braucht“, sagt Patricia Metz, kaufmännische Vorständin des Diakonievereins in Bitterfeld-Wolfen. „Aber wir sind in einen Kompromiss gepresst worden. Wir haben zugestimmt, weil wir Rechtssicherheit brauchen.“ Es sei mit Nachteilen für Menschen mit Behinderungen zu rechnen. Christoph Stolte, Vorstandsvorsitzender der Diakonie Mitteldeutschland, spricht von Einigkeit mit den Zielen des Landes. „Menschen sollen befähigt werden, eigenständiger zu leben.“

Doch es geht dabei auch ums Geld. Die Kosten waren stetig gestiegen: So erhielten 30.820 Personen im Jahr 2023 Eingliederungshilfe in Höhe von 658 Millionen Euro. Für dieses Jahr sind 711 Millionen, für 2026 weitere 723 Millionen Euro geplant. Das Land habe auch ein „fiskalisches Interesse, Kostenaufwürfe deutlich zu begrenzen“, so Stolte. Er sieht einen Widerspruch: Denn personenzentrierte Leistungen würden mehr Personal und damit mehr Geld benötigen. Das „einrichtungsbezogene Denken“ werde durch individuell zugeschnittene Leistungen abgelöst. Jeder Mensch mit Behinderung in Sachsen-Anhalt solle so die Möglichkeit erhalten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. In allen neuen Vergütungsgruppen würden „personelle Mindest- und Maximalstandards“ auf Grundlage eines Gutachtens eingehalten.

Der Vertrag

Auf den neuen Landesrahmenvertrag hatten sich Verbände und das Land Sachsen-Anhalt im Oktober geeinigt. Bis zum 24. November wollten sie die Zustimmung bei ihren Mitgliedern einholen. „Ein Verband benötigt noch Zeit bis Mitte Dezember“, heißt es beim Landessozialministerium. Liegt auch von diesem Verband die Zustimmung vor, wird unmittelbar danach der neue Rahmenvertrag in Kraft treten.

Sozialministerin Grimm-Benne wehrt sich gegen den Vorwurf, allein Kosten sparen zu wollen. „Wir führen keinen Sparkurs auf dem Rücken von Menschen mit Behinderungen“, sagt sie auf MZ-Nachfrage. Der neue Rahmenvertrag solle deren Position deutlich stärken, indem „maßgeschneiderte und flexible Angebote die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt spürbar verbessern“. Das „einrichtungsbezogene Denken“ werde durch individuell zugeschnittene Leistungen abgelöst. Jeder Mensch mit Behinderung in Sachsen-Anhalt solle so die Möglichkeit erhalten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. In allen neuen Vergütungsgruppen würden „personelle Mindest- und Maximalstandards“ auf Grundlage eines Gutachtens eingehalten.

Doch damit verschlechterten sich Personalschlüsselelemente teils je nach Modul, sagt Stolte. „Es gibt große Bedenken, ob so die Unterstützung leistbar ist.“ Einige Einrichtungen müssten Personal reduzieren. „Es wird jetzt überall gerechnet.“ Der Diakonieverein mit Sitz in Bitterfeld-Wolfen geht davon aus, dass für 90 Plätze in besonderen Wohnformen bis zu fünf der 19 Stellen wegfallen. Insgesamt hat der Verein 200 Mitarbeiter.

2.500 Kartons in fünf Tagen

In der Nähschule überblickt Metz den Raum. Zwölf Menschen arbeiten dort an dem Auftrag für einen Autozulieferer: 10.000 Spanngurte in drei Wochen. „Das Bild von Werkstätten ist meist eine Sonderwelt, dort werden Papierkörbe geflochten und Fußmalerei gemacht“, sagt sie. „Aber wir sind vor allem ein Wirtschaftsunternehmen, wir haben Aufträge zu erledigen.“ Nebenan in der Holzwerkstatt ent-

steht ein großer Konferenztisch. Ein paar Räume weiter werden für die Beschäftigung behinderter Menschen. Gleichzeitig sollen aber aus den Werkstätten heraus mehr Kräfte genutzt werden, wie unter anderem der Integrationsfachdienst mit Zugängen zu Arbeitgebern.

„Tagesstruktur ist mir ganz wichtig“, sagt Doris Liebe. „Ich brauche das hier und ich will etwas für meine Rente verdienen.“ Sie hat

eine psychische Einschränkung, auch ADHS. Näher geht sie darauf nicht ein. „Ich habe so viele Bewerbungen geschrieben. Man wollte mich nicht.“ Gelernt habe sie Wirtschafterin, machte eine Jobcenter-Bildungsmaßnahme in Lagerlogistik und Verkauf. 2005 folgte nach der Scheidung ein schweres Burnout, erzählt sie. Heute lebt sie mit Pflegegrad drei im betreuten Wohnen.

In Werkstätten arbeite, wer im Leben schon oft gescheitert sei, be psychische Einschränkungen, auch ADHS. Näher geht sie darauf nicht ein. „Ich habe so viele Bewerbungen geschrieben. Man wollte mich nicht.“ Gelernt habe sie Wirtschafterin, machte eine Jobcenter-Bildungsmaßnahme in Lagerlogistik und Verkauf. 2005 folgte nach der Scheidung ein schweres Burnout, erzählt sie. Heute lebt sie mit Pflegegrad drei im betreuten Wohnen.

In der Nähschule überlegt Liebe, ob sie die Gurte in Kette nähen soll. „Ich mache es aber lieber einzeln. Das geht schneller, weil ich nicht per Hand abschneiden muss.“ Bis sie 67 Jahre alt ist, will sie arbeiten, sagt sie. „Ich will meinen Job nicht mehr missen.“ Und aus dem Hintergrund ruft jemand: „Das wollen wir alle nicht, Doris.“ **Kommentar**

sagt Christina Rentzsch, Pädagogische Leiterin der Werkstätten. „Die Menschen entwickeln sich hier weiter, übernehmen Verantwortung, trauen sich etwas zu. Sie erfahren Wertschätzung und erleben sich als wertvoll für die Gesellschaft.“ Der Großteil braucht „diesen geschützten Raum, weil die Anforderungen der freien Wirtschaft enormen Druck erzeugen“. Es werde immer nur ein kleiner Teil sein, der in einem Inklusionsbetrieb oder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fasse, sagt auch Stolte. „Viele Menschen haben eine seelische Behinderung und sind psychisch unterschiedlich belastbar.“ An einem Tag laufe es gut, am anderen nicht – dafür gebe es in Betrieben kein System.

„Wir haben keinen inklusiv ausgeprägten Arbeitsmarkt“, so Stolte. Es gebe nur wenig Betriebe, „die willens und in der Lage sind, Menschen mit Behinderungen zu integrieren. Noch dazu in Zeiten einer Rezession.“ Künftig sollen Zielvereinbarungen mit den Werkstätten darüber geschlossen werden, in welchem Umfang Menschen in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Rentzsch meint: Es sei eine gesamtgesellschaftliche Über-einkunft nötig, damit sich mehr Firmen darauf einläßen.

Diakonie baut um

Auch Sozialministerin Grimm-Benne sieht Nachholbedarf bei der Beschäftigung behinderter Menschen. Gleichzeitig sollen aber aus den Werkstätten heraus mehr Kräfte genutzt werden, wie unter anderem der Integrationsfachdienst mit Zugängen zu Arbeitgebern. „Auch hier gilt: Der personenzentrierte Ansatz und die Nutzung von Ressourcen stehen im Vordergrund und nicht die pauschale Rundumversorgung.“

Die Diakonie in Bitterfeld-Wolfen baut nun Strukturen um. Zwei Jobcoaches wurden ausgebildet. Sie sollen Firmen für eine Beschäftigung behinderter Menschen öffnen. Zudem wurde ein Inklusionsbetrieb für Garten- und Landschaftsbau gegründet. Der Berufsbildungsbereich zog vom Gelände der Diakonie aus, um näher an möglichen Arbeitgebern zu sein. „Wir sind bereit, uns weiterzuentwickeln“, sagt Metz. „Wir haben weiter eine Verantwortung, der wir gerecht werden wollen. Aber die Zukunft ist ungewiss.“

In der Nähschule überlegt Liebe, ob sie die Gurte in Kette nähen soll. „Ich mache es aber lieber einzeln. Das geht schneller, weil ich nicht per Hand abschneiden muss.“ Bis sie 67 Jahre alt ist, will sie arbeiten, sagt sie. „Ich will meinen Job nicht mehr missen.“ Und aus dem Hintergrund ruft jemand: „Das wollen wir alle nicht, Doris.“ **Kommentar**

Tannenschmuck aus DDR-Kultmoped

Simson-Blinker als Weihnachtskugeln begeistern die Kunden im Netz. Warum der Nachschub knapp bleibt.

VON BIRGIT ZIMMERMANN UND STEFFEN HÖHNE

LEIPZIG/DPA/MZ. Wer auch zu Weihnachten von DDR-Zweirädern wie Simson & Co. nicht genug kriegen kann, für den lohnt sich ein Blick ins Internet. Dort gibt es Weihnachtsbaumkugeln aus echten Blinklichtern der Kult-Mopeds zu kaufen. Und die haben sich als überraschender Verkaufsschlager erwiesen, wie einer der Anbieter, Jan Hofmann (37), sagt.

Der gebürtige Thüringer bietet seit diesem Jahr in einem Onlineshop Upcycling-Möbel aus originalen Moped-Teilen an. Im November kamen dann die Weihnachtsbaumkugeln aus den Blin-

kern dazu. Zusammen mit einem Gehäuse aus dem 3D-Drucker und einem elektrischen Teelicht verleihen sie der Tradition stanze einen nostalgischen Schein.

Hofmann erzählt, dass er vom Erfolg seines Angebots überrascht wurde. „Ich habe gar nicht damit gerechnet, dass es überhaupt jemanden interessiert“, sagt der 37-Jährige, der inzwischen in der Oberpfalz lebt.

Nachdem er die ersten Blinkerkugeln hergestellt hatte, lud er zwei Reels dazu auf Instagram hoch. Diese hätten für die Größe seines Accounts „absurd viele Likes“ erzielt. „Ich war völlig überrascht davon.“ An einem Samstag habe er 100 Blinkerkugeln in den



Jan Hofmann schmückt einen Weihnachtsbaum mit Weihnachtsbaumkugeln aus Simson-Blinkern. FOTO: MARTIN SCHUTT/DPA

Shop geladen, am Montag seien sie ausverkauft gewesen. Unbegrenzt nachproduzieren kann er die Ware nicht. „Es ist mir wichtig, gebrauchte Blinkerkappen zu nehmen“, sagt Hofmann. Die Originaleile müssen erst aufgetrieben, bevor er für Nachschub sorgen könne.

Außerdem sei sein Onlineshop nur eine Nebenbeschäftigung. „Ich arbeite ja auch Vollzeit, und muss das zwischen Freundin, zwei Kindern, Haushalt irgendwie organisieren“, sagt Hofmann. Der 37-Jährige ist allerdings nicht der Einzige, der Simsonblinker-Kugeln anbietet. Ein Zweiradshop aus dem sächsischen Werda hat ein ähnliches Angebot, ebenfalls mit gebrauchten Teilen. „Die Blinkerkap-

pen sind original DDR inkl. der Patina“, heißt es dort.

Die meisten Weihnachtskugeln stammen übrigens aus Yiwu. Laut Medienberichten wird in der ostchinesischen Stadt rund 60 Prozent der weltweiten Weihnachtsdeko hergestellt. In dem Industriezentrum sollen mehr als 600 Betriebe Deko-Artikel produzieren. Die meisten Produkte werden mit Containerzügen zu den Seehäfen an der Ostküste, wie Shanghai, gefahren und kommen so nach Europa.

Als Art Gegenbewegung gilt das Upcycling von Weihnachtsdeko in Deutschland. Aus alten Gegenständen entstehen neue Schmuckstücke – wie die Simson-Blinker.